

AMTSBLATT

DES EVANGELISCHEN KONSISTORIUMS IN GREIFSWALD



Nr. 7/8

Greifswald, den 25. September 1969

1969

Inhalt

	Seite		Seite
A. Kirchliche Gesetze, Verordnungen und Verfügungen	53	E. Weitere Hinweise	54
Nr. 1) Gehörlosenseelsorge	53	Nr. 4) Theologische Arbeitstage	54
Nr. 2) Bekanntmachung	53	Nr. 3) Arbeitstagung für Religiöse Volkskunde	54
B. Hinweise auf staatl. Gesetze und Verordnungen	53	F. Mitteilungen für den kirchl. Dienst	54
C. Personalnachrichten	53	Nr. 5) Die ökumen. Bewegung . . . (Fortsetzung)	54
D. Freie Stellen	53	Nr. 6) Aus der Arbeit „Brot für die Welt“	55
		Nr. 7) Die Reformation in Zürich	56
		Nr. 8) Mitteilungen des Ökumen.-miss. Amtes Nr. 74	58

A. Kirchliche Gesetze, Verordnungen und Verfügungen

Nr. 1) Gehörlosenseelsorge.

Evangelisches Konsistorium Greifswald,
A 30 902 - 7/69 den 23. Juli 1969

Für die evangelischen Kinder, die die Gehörlosenschule in Güstrow besuchen, besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an geordneter kirchlicher Unterweisung. Zwei ausgebildete Gehörlosenkatechetinnen erteilen die Christenlehre, ein Gehörlosenpastor gibt den Konfirmandenunterricht. Wir bitten, Eltern gehörloser Kinder darauf hinzuweisen. Die Anmeldung zur kirchlichen Unterweisung erfolgt bei dem Gehörlosenseelsorger Pastor K. H. Stüber, 26 Güstrow, Markt 25. Die Gemeindeglieder sind mitverantwortlich dafür, daß die kirchliche Unterweisung auch an den gehörlosen Kindern in rechter Weise durchgeführt werden kann. Es sollte die Regel sein, daß gehörlose Konfirmanden, die in Güstrow unterrichtet worden sind, dort auch konfirmiert werden. Eine Konfirmation in der Heimatgemeinde kann erst nach Verständigung mit dem Gehörlosenseelsorger erfolgen.

In Vertretung

Labs

Nr. 2) Bekanntmachung.

Evangelisches Konsistorium Greifswald,
F 40 207 - 13/69 den 12. Aug. 1969

Herr Forstmeister Gürtler vom Forstamt der Evangelischen Kirche, Außenstelle Kratzeburg, wird im Dienstgebäude des Evangelischen Konsistoriums in Greifswald, Bahnhofstr. 35/36, Sprechtag zur Beratung in forstlichen Fragen abhalten.

Zunächst sind Sprechtage vorgesehen für

Montag, den 8. 9. 1969

Montag, den 3. 11. 1969 und

Montag, den 2. 2. 1970,

jeweils von 9 bis 16 Uhr.

Interessenten können sich hier melden.

Woeike

B Hinweise auf staatl. Gesetze und Verordnungen

C. Personalnachrichten

Berufen:

Pfarrer Friedrich Bartels, Weißenfels, zum 1. 5. 1969 zum Pfarrer der Pfarrstelle Krummin, Kirchenkreis Usedom, eingeführt am 15. 6. 1969.

In den Ruhestand versetzt:

Prediger Friedrich Janozikowsky, Morgenitz, Kirchenkreis Usedom, mit Wirkung vom 1. 9. 1969.

Pfarrer Dagobert Boesmann in Stralsund ist auf seinen Antrag mit Ablauf des 31. Mai 1969 aus dem kirchlichen Dienst gemäß § 63 Pfarrerdienstgesetz vom 11. 11. 1960 entlassen worden und hat die in der Ordination begründeten Rechte gemäß § 66, 68 a.a.O. verloren.

D. Freie Stellen

Die Pfarrstelle Boldekow, Kirchenkreis Anklam, ist frei und zur Wiederbesetzung freigegeben. Zum Pfarrsprengel gehören Zinzow und Putzar mit ca. 1000 Seelen. Bahnstationen: Friedland 7 km und

Anklam 17 km. 4 Klassen-Schule am Ort; Erweiterte Oberschule in Anklam. Ausreichende Wohnung im Pfarrhaus, großer Garten und Garage. Besetzung erfolgt durch das Evangelische Konsistorium in 22 Greifswald, Bahnhofstr. 35/36.

Die Pfarrstelle **Flemendorf**, Kirchenkreis Barth, ist sofort wieder zu besetzen.

Eine Kirche, mehrere eingepfarrte Ortschaften mit zusammen rund 2000 Seelen. Bahnstation ist Barth, 7 km entfernt. Es besteht regelmäßige Busverbindung nach Barth und nach Stralsund. Geräumige Dienstwohnung im Pfarrhaus und Pfarrgarten sind vorhanden. 10 Klassen-Oberschule und Erweiterte Oberschule in Barth mit Schulbus zu erreichen. Seeklima. Bewerbungen sind an den Gemeindegemeinderat Flemendorf über das Evangel. Konsistorium, 22 Greifswald, Bahnhofstr. 35/36, zu richten.

Die Pfarrstelle **Rosow**, Kirchenkreis Gartz/Oder, ist sofort wieder zu besetzen.

Der Pfarrsprengel umfaßt 3 Kirchengemeinden. Bahnstation Rosow, Autobusverbindung nach Gartz/Oder und Tantow. Bewerbungen sind an das Evangelische Konsistorium, 22 Greifswald, Bahnhofstr. 35/36, zu richten.

Die Pfarrstelle **Sagard/Rügen**, Kirchenkreis Bergen, wird demnächst frei und ist wieder zu besetzen. 1 Kirche. Pfarrdienstwohnung im Pfarrhaus vorhanden. Seeklima. Sagard ist Bahnstation. Polytechnische Oberschule am Ort, Erweiterte Oberschule in Bergen, durch tägliches Fahren erreichbar. Besetzung erfolgt durch den Gemeindegemeinderat Sagard, an den die Bewerbungen über das Evangelische Konsistorium in 22 Greifswald, Bahnhofstr. 35/36, zu richten sind.

E. Weitere Hinweise

Nr. 3) Arbeitstagung für Religiöse Volkskunde.

Evangelisches Konsistorium Greifswald,
A 31 505 - 1/69 den 23. Juli 1969

Wir weisen hin auf die diesjährige *Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Religiöse Volkskunde*, die vom 13.-17. 10. 1969 im Stephanusstift in Berlin-Weißensee stattfindet.

Gesamtthema: Die Volkskirche im Zeitalter der Säkularisation.

Vorgesehene Referate:

1. „Die Bedeutung der sogen. Religiösen Volkskunde für Predigt, Unterricht und Seelsorge“
(Dr. Dr. F. Hempel)
2. „Die Volkskunde und das Problem des Säkularismus“
(Dr. S. Kube)
3. „Säkularisation und Säkularismus“
(Prof. Dr. H.-G. Fritzsche)

4. „Was ist Volkskirche?“
(Dr. Dr. F. Hempel)

5. „Was ist Volksfrömmigkeit und wie finden wir sie?“
(Ref. angefragt)

Tagungsort: Stephanus-Stiftung Berlin-Weißensee.

Tagungszeit: Anreise: Montag, den 13. Oktober 1969
Rückreise: Freitag, den 17. Oktober 1969

Tagungskosten: Reisegeld und ca. 13,- M pro Tag für Verpflegung und Unterkunft, wenn letztere im Heim.

Anmeldung: bis spätestens 26. September bei Pfarrer Martin Zeim, Leiter der Arbeitsgemeinschaft in 402 Halle/Saale, An der Marienkirche 1.

Den Angemeldeten gehen nach dem 1. Oktober weitere Nachrichten zu.

In Vertretung
Kusch

Nr. 4) Theologische Arbeitstage.

Evangelisches Konsistorium Greifswald,
A 30 302 - 10/69 den 31. Aug. 1969

Die theologischen Arbeitstage der Sektion „Evangelische Theologie“ der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald finden in diesem Jahr vom

27. Oktober bis 29. Oktober 1969

in Greifswald statt.

Prof. Jüngel (Zürich) hat seine Teilnahme zugesagt. Teilnehmern, denen höhere Unkosten entstehen, kann auf Antrag ein Reisekostenzuschuß bewilligt werden.

In Vertretung
Kusch

F. Mitteilungen für den kirchlichen Dienst

Nr. 5) Die ökumenische Bewegung, der Ökumenische Rat der Kirchen und die römisch-katholische Kirche.

Fortsetzung - (Nr. 5/1969, Seite 39/40)

Soll man schon jetzt ernsthaft damit rechnen, daß die römisch-katholische Kirche eines Tages in vollem Sinne Mitglied des Ökumenischen Rates werden kann? Ich weiß sehr wohl, daß das eine heikle Frage ist, die mancherlei Probleme aufwirft. Nichtsdestoweniger scheinen die Schwierigkeiten, die sich aus der römischen Ekklesiologie ergeben, nach dem Urteil katholischer und nichtkatholischer Experten kein unüberwindliches Hindernis zu sein. Viel schwerwiegender sind offenbar die psychologischen und praktischen Hindernisse, wenn man die Frage nach den Modalitäten einer solchen Mitwirkung und die Folgen untersucht, die sie für den Aufbau, die Tätigkeit und den Stil brüderlicher Zusammenarbeit des Ökumenischen Rates haben könnten. So stell-

ten die Mitglieder der Gemeinsamen Arbeitsgruppe in ihrem zweiten Bericht zwar fest, daß die gegenwärtige Form der Beziehungen nicht als endgültig verstanden werden darf, erklärten aber, „daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die gemeinsame Sache der christlichen Einheit nicht gefördert würde, wenn die Römisch-katholische Kirche dem Ökumenischen Rat der Kirchen beitreten würde“.

Andererseits darf man sich nicht über die negative Wirkung täuschen, die die Nichtzugehörigkeit der römischen Kirche zum Ökumenischen Rat der Kirchen auf die gesamte ökumenische Bewegung ausüben würde; namentlich könnte dadurch eine gefährliche Spannung zwischen Nichtkatholiken und katholischem Ökumenismus erzeugt werden. Wir sind der Ansicht, daß man die Frage nicht übergehen darf und den Mut aufbringen müßte, schon jetzt in aller Nüchternheit die Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft der katholischen Kirche zu untersuchen. Wie ein lutherischer Theologe feststellte, geht die Frage der Mitgliedschaft der katholischen Kirche „in erster Linie nicht Rom, sondern die nicht-römischen Kirchen an“.

Es mag sein, wie es will, das entscheidende Kriterium bleibt auf beiden Seiten die maximale Aufgeschlossenheit für alles, was der ökumenischen Bewegung einen besseren gemeinsamen Dienst erweisen kann, ohne ihre Einheit und Offenheit zu schmälern. Wie sich die Institutionen, die die gemeinsame Suche nach der Einheit fördern sollen, auch entwickeln mögen, es kommt in erster Linie darauf an, daß das vereinte Bemühen fortgeführt wird und wir gemeinsam all das tun, was wir nicht aus Gewissensgründen getrennt tun müssen, es geht darum, daß wir unsere Gläubigen in einem ökumenischen Geist erziehen, indem wir sie zum besseren, tieferen Verständnis ökumenischer Fragen anleiten und uns hüten, den Ökumenismus hauptsächlich als Leistung von Spezialisten und eine bürokratische Spitze zu verstehen, sondern ihn als eine gemeinsame Aufgabe sehen, die ernst genommen sein will und zu der alle, namentlich die jüngere Generation, die in die Stellen der älteren einrückt, auf ihre Weise beitragen können und sollen.

Vor allem aber dürfen wir uns, besonders in Krisenzeiten, nicht durch Hindernisse entmutigen lassen; gewisse neu aufbrechende Schwierigkeiten können geradezu „eine Fügung (sein), ein Anlaß, den Dialog zu vertiefen und vielleicht manche Strukturen und Tendenzen, die alles andere als letztgültig sind, in Frage zu stellen“.

(Aus: Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs)

Nr. 6) Aus der Arbeit „Brot für die Welt“

1. Hilfesendungen

1. Jordanien:

Stürme und starke Regenfälle traten in Jordanien auf und brachten neue Erschwernisse für die Palästina-Flüchtlinge. Auf dem Luftwege kamen warme Bekleidung und Decken im Wert

von 151 000,- M an den Jordanischen Roten Halbmond zum Versand.

In Kürze wird eine weitere Hilfesendung an den Jordanischen Roten Halbmond abgehen. Dieser Sendung wird auf Grund einer Wunschliste der Theodor-Schneller-Schule in Amman allerlei Arbeitsmaterial für die dort betreuten arabischen Jugendlichen zugepackt werden (Handwerkszeug, Malbücher, Buntstifte u. a.).

2. Nordsyrien:

Eine schwere Unwetterkatastrophe in Nordsyrien wurde der Anlaß für eine Hilfesendung an den Syrischen Roten Halbmond im Wert von 61 000,- M, enthaltend: 45 t Mehl, 9 t Oel und 1000 Decken.

3. Jemenitische Arabische Republik:

Einem dringenden Hilfe-Ersuchen des Internationalen Roten Kreuzes entsprechend ging aus Dresden eine Sendung mit Bekleidung, Medikamenten, Verbandsmaterial und Seife im Gesamtwert von 111 000,- M an die Gesundheitsorgane des Jemen.

4. Vietnam:

Einer Absprache mit dem Präsidenten des DRK in Dresden folgend, werden im 1. und 2. Quartal 1969 Hilfesendungen mit medizinischen Materialien der Bevölkerung in Nordvietnam zugeleitet werden. Der Wert liegt bei etwa einer halben Million Mark.

Sämtliche unter 1-4 genannten Hilfesendungen sind aus den Mitteln der Aktion „BROT FÜR DIE WELT“ finanziert worden.

II. Auszüge aus Dankschreiben und Schreiben leitender Dienststellen der Gesellschaften des Roten Kreuzes bzw. Roten Halbmondes an das Deutsche Rote Kreuz in Dresden

1. Lambarene:

Die langjährige Mitarbeiterin Albert Schweitzers, Fräulein Mathilde Kottmann, schrieb an den Bevollmächtigten der Aktion „BROT FÜR DIE WELT“, Oberlandeskirchenrat von Brück u. a.: „... . Ihren kostbaren Brief sende ich an Frau Rhena Eckert, die in ihren Sorgen um die große Arbeit wohl durch Ihre so herrliche Spende Mut fassen wird in ihrer nicht leichten Aufgabe. Wieviel Hilfe verdankt die Arbeit in Lambarene schon Ihnen, sehr geehrter Herr von Brück, und Ihren Gemeinden. Es war Dr. Albert Schweitzer immer sehr eindrucksvoll und wie oft sagte er auf das tiefste gerührt: „Wie gut sind die Menschen für mich.“

2. Rotes Kreuz Mazedonien (Skopje):

„Wir verständigen Sie hiermit, daß wir die Sendungen von Mobiliar für Schule und Kindergarten erhalten haben. Wir sind gerührt über Ihre Aufmerksamkeit und sprechen im

Namen der Schüler und der Kinder unsere große Dankbarkeit aus und danken besonders auch der evangelischen Kirche." . . .

In einem weiteren Schreiben aus Belgrad wird auch die Hilfe für die Katastrophengeschädigten im Erdbebengebiet Debar nahe der albanischen Grenze dankend erwähnt.

3. Algerien (Algier):

„Wir haben die große Freude, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß wir Ihre Geschenksendung, bestehend aus 33 Kisten mit Mobilien für einen Kindergarten erhalten haben. Gleichzeitig übermitteln wir Ihnen unsere tiefe Dankbarkeit und sagen Ihnen für Ihre großzügige Zuwendung unseren herzlichsten Dank.“

Auch bei dieser Sendung handelt es sich um eine Hilfe, die aus den Mitteln „BROT FÜR DIE WELT“ finanziert wurde, was das DRK in Dresden bei der Ankündigung der Sendung erwähnt hatte.

4. Syrien (Damaskus):

„Ich möchte Ihnen für Ihr Schreiben danken, in dem Sie Ihre aufrichtigen Gefühle gegenüber den syrischen Bürgern zum Ausdruck bringen, die durch die Überschwemmung im nördlichen Teil der Syrischen Arabischen Republik ins Unglück gestürzt wurden. . . . Ich nehme Gelegenheit, meinen ganz besonderen Dank für Ihre große Unterstützung zum Ausdruck zu bringen, die den Betroffenen helfen wird, über ihre kritische Lage hinwegzukommen. Zugleich bitte ich Sie, diesen meinen Dank den Mitgliedern der evangelischen Kirche zu übermitteln, die das Geld für den Kauf der Hilfsgüter gegeben haben.“

5. Vietnam (Hanoi):

„Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß die Sendung, die 17 Kisten Medikamente umfaßt, in gutem Zustand angekommen ist. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie unseren herzlichen Dank an die evangelischen Kirchen übermitteln würden, die durch Bereitstellung der Mittel die Absendung der vorerwähnten Medikamente ermöglichten.“

III. Das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR hat unter dem 4. 3. 1969 dem Präsidenten des Roten Kreuzes der Demokratischen Republik Vietnam eine medizinische Hilfssendung, bestehend aus insgesamt 38 Kisten mit Medikamenten und medizinischem Instrumentarium, angekündigt und gleichzeitig mitgeteilt, „daß die evangelische Kirche unserer Gesellschaft erneut die finanziellen Mittel für diese Hilfsgüter zur Verfügung gestellt hat.“

In einem Schreiben an die Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf hat das DRK in Dresden u. a. auch darauf hingewiesen, daß an das Nigerianische Rote Kreuz Hilfsgüter im Werte von 360 000,- M, enthaltend Speisesalz, Seife,

Decken, Verbandsmaterial und Medikamente, finanziert aus den Mitteln der Aktion „BROT FÜR DIE WELT“ zum Versand gekommen sind.

Nr. 7) Die Reformation in Zürich

Die auf den Zürcher Reformator Huldrych Zwingli zurückgehenden Kirchen begeben das Jahr 1969 als Jubiläums- und Gedenkjahr in Erinnerung daran, daß Zwingli vor 450 Jahren, am 1. Januar 1519, seine Tätigkeit als Leutpriester am Großmünster zu Zürich aufnahm. Über die reformatorische Bewegung, die daraus entstand, berichtet im nachstehenden Artikel der Schweizer Universitätstheologe Professor Dr. Rudolf Pfister.

Die Zürcher Reformation ist das Werk Huldrych Zwinglis. Sie wäre jedoch nicht möglich geworden, wenn nicht die Zeitsituation in der Bevölkerung dafür Bereitschaft geschaffen hätte. Zwingli wurde ja zum Leutpriester am Großmünster durch das Chorherrenstift nicht als Reformator, sondern als kirchentreuer Geistlicher berufen. Die weitverbreitete Unzufriedenheit mit den kirchlichen Zuständen, bei den Priestern, in den Klöstern, an der bischöflichen Kurie, in Rom, ließ aber auf alles aufmerken, was Erneuerung verhiess. Offensichtlich konnte die ausgedehnte und vielgestaltige religiös-kirchliche Betriebsamkeit zahlreichen suchenden Menschen den Weg zur Begegnung mit Gott nicht zeigen. Darum findet die Verkündigung des an der Schrift bereits geschulten Zwingli Gehör. Seine innere Hinwendung zur befreienden Gnade Gottes schenkt ihm die Gabe, das Wort der Heiligen Schrift von der Mitte des Evangeliums her den Menschen seiner Zeit so darzulegen, daß sie dadurch angesprochen und im Herzen getroffen sind. Zwinglis Predigt ist biblische Auslegung, doch nicht weltfremd, sondern alle Fragen, welche die Zeitgenossen umtrieben, aufnehmend. Die aktuelle Schriftpredigt war die Waffe des Geistes im Kampf um die Erneuerung von Kirche und Volk aus dem Evangelium.

Die zwei Zürcher Disputationen von 1523

Der Leutpriester am Großmünster wollte keinen Bruch mit seiner Kirche. Das geht schon daraus hervor, daß auch er auf ein allgemeines Konzil hoffte. Doch, wie sollte die päpstliche Kurie oder die bischöfliche in Konstanz überhaupt imstande sein, die Reform der Kirche an Haupt und Gliedern zu veranlassen! Davon war keine Rede. Wo aber das Wort der Schrift wieder zur Geltung kam, da mußte in innerer Folgerichtigkeit kirchliches Brauchtum, Hierarchie, Glaubensüberlieferung diesem Kriterium unterworfen werden. Der Konflikt entzündete sich an der Fastenordnung der Kirche. Beim Buchdrucker Froschauer wurde bei Anwesenheit Zwinglis in der Fastenzeit Fleisch genossen. Die Sache bildete das Tagesgespräch und rief den Bischof von Konstanz auf den Plan. Dann griffen zehn Priester in einer Eingabe die Zölibatsvorschrift der Kirche an. Die Frage nach der Berechtigung des Mönchtums und der Klöster gab zu reden.

Zwingli hatte zu all diesen Problemen Stellung zu beziehen. Schließlich wurden Unsicherheit und Unruhe in der Bevölkerung so groß, daß Kleiner und Großer Rat zur Klärung eine Disputation auf den 29. Januar 1523 einberiefen, der im Oktober eine zweite folgte.

Die Erste Zürcher Disputation fand im alten Rathaus an der Limmat statt. Die Teilnehmerzahl wird auf 600 geschätzt. Alle Geistlichen hatten daran teilzunehmen. Die Delegation des Bischofs von Konstanz stand unter Führung des Generalvikars Johannes Faber. Die Leitung des Gesprächs besorgte der amtierende Bürgermeister Markus Röist. Zwingli stand im Mittelpunkt. Von ihm waren als Grundlage die 67 Schlußreden oder Thesen formuliert worden, deren Wortlaut zeigt, daß er von der Bibel her eine grundlegende Neubesinnung der christlichen Botschaft, des Wesens der Kirche erstrebte und nicht nur die Behebung einiger Mißstände. Jedenfalls, Maßstab soll dafür die Heilige Schrift sein. Es war zu erwarten, daß eine Einigung mit den Vertretern des Bischofs nicht möglich war, weil nach der herrschenden kirchlichen Lehre die Kirche allein in Glaubensfragen maßgebend war, insbesondere hinsichtlich der Auslegung der Bibel. Nicht eine kirchliche Instanz, sondern Großer und Kleiner Rat legten am Nachmittag des Verhandlungstages den Beschluß vor, daß Zwingli mit der Verkündigung des Evangeliums fortfahren solle. Die Geistlichen wurden verpflichtet, sich in Predigt und Seelsorge an die Heilige Schrift zu halten. Gegenseitige Schmähungen und Verketzerungen sollten verboten sein.

Die Zweite Disputation dauerte vom 26. bis zum 29. Oktober 1523. Die Beteiligung war noch größer als im Januar. Weder lagen Thesen als Diskussionsgrundlagen vor, noch war ein klarer Beschluß vorgesehen. Denn es ging um Fragen, die mit dem bisherigen kirchlichen Brauchtum aufs engste verbunden waren: Heiligenbilder, Messe, besonders Seelenmessen für die Verstorbenen. Konrad Grebel wies noch auf zahlreiche andere Bräuche hin, die sich mit dem reformatorischen Evangelium nicht vereinbaren ließen. Weil aber in der Bevölkerung die Bereitschaft zur Preisgabe der bisherigen Frömmigkeitsformen nicht allgemein war, wagte der Rat keinen umfassenden Beschluß, obwohl klar wurde, daß Bilder und Heiligenstatuen in den Kirchen nicht mehr zu dulden seien.

Evangelischer Gottesdienst

Dennoch drängte die Reformation weiter. Durch Mandate untersagte der Rat die bisher üblichen Prozessionen und ordnete im Juni 1524 die Ausräumung der Kirchen an. Fresken wurden übertüncht, Altartafeln usw. weggeräumt, Reliquien zum Teil auf dem Friedhof vergraben. Im ganzen ging diese Umgestaltung der Kirchenräume in größter Ordnung vonstatten, weil eine Ratskommission dafür die Verantwortung trug. Gewiß verschwand bei dieser Aktion manches Kunstwerk, doch war wichtiger, daß das Wort im Mittelpunkt stand. Dennoch blieb noch der tägliche Meßgottesdienst. Im April 1525 beschloß der Rat mit geringer Mehrheit auf die

Intervention der Pfarrer hin die endgültige Abschaffung der Messe. Zwingli konnte den Entwurf einer neuen Abendmahlsordnung vorlegen: „Aktion oder Brauch des Nachtmahls“. Der Rat strich darin die vorgesehenen Wechselreden von Männern und Frauen (vorgesehen für Glaubensbekenntnis und Lobpreis). Zwingli wollte die feiernde Gemeinde bei der Liturgie aktiv beteiligt wissen. Gründonnerstag, Karfreitag und Ostern 1525 wurde im Großmünster Zürich erstmals evangelisches Abendmahl gefeiert, wobei ein mit weißem Linnen bedeckter Tisch als Abendmahlstisch diente. Die Becher und Brotschalen waren nach dem Willen Zwinglis aus Holz. Bedeutsam ist, daß Wortgottesdienst mit Predigt und Abendmahlsfeier nach dem Willen Zwinglis miteinander verbunden waren. Ein Blick in die „Ordnung der christlichen kirchenn zu Zürich“, die nach Ostern 1525 aufgestellt wurde, zeigt, wie schlicht zunächst die andern gottesdienstlichen Veranstaltungen geordnet waren. Für die Taufe wurde Leo Juds Vorschlag maßgebend; Anweisung für die Trauung und die Gebete für den Predigtgottesdienst folgen. Daß Zwingli weder Kirchenlied noch Orgel duldete, hatte seinen Grund – wie aus den Schlußreden hervorgeht – in seinen persönlichen Erfahrungen als Priester. Bekannt ist, daß er selbst musikalisch sehr begabt war.

Die Verkündigung des Wortes stand für Zwingli in der Mitte. Denn durch sie spricht Gott den Menschen an. Darum ersetzte den Messegottesdienst die tägliche Predigt (außer Freitag wegen des Marktes). Die Abendmahlsfeiern waren im Unterschied etwa zu Genf auf die Festzeiten reduziert. Daß Zwingli dann gewisse gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung des Predigt- und Abendmahlsbesuchs befürwortete, hatte seinen Grund in der Tatsache auswärtigen Messebesuchs durch katholisch denkende Einwohner.

Schule und Diakonie

Die Aufhebung der zürcherischen Klöster und die Reform des Chorherrenstifts am Großmünster stellten große Finanzmittel dieser kirchlichen Einrichtungen für neue Aufgaben zur Verfügung. Das reformatorische Zürich bestimmte sie zur Verbesserung des Schulwesens – Zwingli wurde 1525 auch Schulherr – und zum Ausbau der Fürsorge.

Das wichtigste Ereignis in der Schulgeschichte Zürichs war zur Zeit Zwinglis die Einrichtung einer wissenschaftlichen Theologenschule am Großmünsterstift, die später den Namen „Profezei“ erhielt, weil der Reformator nach 1. Kor. 14, 29. 32 den Ausleger und Verkündiger des Gotteswortes als Prophet bezeichnet. An dieser 1525 ins Leben gerufenen Schule erhielten die Studierenden eine sorgfältige Ausbildung in Bibelkenntnis und Bibelauslegung. Daraus ging die Hohe Schule des Carolinums als Vorstufe der Universität hervor. Um die Früchte dieser Arbeit auch den Laien weiterzugeben, schloß sich jeden Tag eine Stunde an, in der in deutscher Sprache den Zuhörern der Sinn des bearbeiteten Schriftabschnittes dargeboten wurde. Diese Art von theologischer Ausbildungsstätte fand im Auslande

große Beachtung. Aus der „Profezei“ ging die zürcherische Bibelübersetzung hervor.

Reformatorischem Glauben widersprach, daß man sich mit dem verbreiteten Bettel abfand. Am 15. Januar 1525 erließ der Rat der Stadt „Ordnung und artikel antreffend das almuosen“. Der Straßenbettel wurde verboten. Im bisherigen, nun aufgehobenen Predigerkloster richtete man den sog. „Mushafen“ ein, wo täglich die Bedürftigen kräftige Suppe und Brot erhielten. Eine Kommission war dafür verantwortlich, daß Kranke und Invalide in ihren Wohnungen ebenfalls versorgt wurden. Die Almosenordnung schloß aber Müßiggänger, Trinker, Präsener, Gotteslästerer von der Fürsorge aus. Die durch die Liquidation der Klöster freiwerdenden Gelder flossen in den „Almosenkasten“, aus dem die Ausgaben gedeckt wurden. Den Aussätzigen stand das „Siechenhaus“ der Spanweid vor der Stadt zur Verfügung, im Predigerkloster richtete man ein Spital ein. Ein Überblick über die Aufwendung für diese Art von Diakonie zeigt, daß das reformatorische Zürich „mächtige Summen“ (O. Farner) zur Verfügung stellte.

Zwingli wandte seine Aufmerksamkeit angesichts der steigenden Unzufriedenheit unter den Bauern aber auch den sozialpolitischen Aufgaben zu. Obwohl den erhobenen Forderungen der Landschaft gegenüber zurückhaltend, ist er doch mit Erfolg für die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Abschaffung des sog. kleinen Zehnten eingetreten.

Sittenordnung

Es entspricht damaliger Gepflogenheit, daß die Obrigkeit durch Mandate Sitte und Zucht der Bevölkerung ordnete. Das geht aus den zahlreichen Sittenmandaten der vorreformatorischen Zeit hervor. Neu war die Übernahme der Ehegesetzgebung durch den Rat, weil bis zur Reformation die Kirche dafür zuständig gewesen war. Seit 1525 gab es in Zürich das Chorgericht, auf dem Lande die Einrichtung der sog. Stillstände oder Ehegaumer. Im Unterschied zu den Plänen Oekolampads in Basel und zur Ordnung im Genf Calvins war das Ehe- und Sittengericht in Zürich eine staatliche Behörde. Die Forschung hat nachgewiesen, daß diese zürcherische Einrichtung über die Grenzen der Schweiz hinaus wirkte; daß das Genfer Konsistorium ebenfalls zürcherische Elemente übernahm. Einen Einblick in die damaligen Auffassungen bietet das große Sittenmandat vom März 1530. Alle Bereiche des persönlichen Lebens wurden einbezogen und obrigkeitlich geordnet. Frömmigkeit und Sitte unterstanden einer genauen Kontrolle. Vergnügen und Wirtschaftswesen, das Verhältnis der beiden Geschlechter zueinander reglementierte dieses Mandat. Man mag diesen Versuch, Christlichkeit bis in die persönlichen Dinge des Alltags zu erreichen, als wahrer christlicher Freiheit widersprechend beurteilen; Tatsache ist jedoch, daß auch volkerzieherisch von der Reformation Erhebliches geleistet worden ist.

Unvollendet

Seit dem Reformationsentscheid des Rates vom Januar 1523 bis zum Tode des Zürcher Reformators

bei Kappel am Albis am 11. 10. 1531 standen nicht einmal ganz neun Jahre zur Verfügung. So ist es verständlich, daß die zwinglische Reformation in mancher Hinsicht noch nicht festgefügt war. Dazu kam, daß die Entfaltung der reformatorischen Erkenntnis in der Wirklichkeit in entscheidende Auseinandersetzungen hineingezogen wurde. Das Täufertum nötigte zu Abgrenzungen und zugleich zu Härten, die dem Wesen der Reformation aus dem Evangelium widersprach. Dazu kamen die Widerstände der katholisch gesinnten Zürcher und der katholischen Orte. Die endlosen Diskussionen über das Abendmahl mit Luther und seinen Freunden stellten eine schwere Belastung dar. Umso erstaunlicher ist es, wieviel Anregungen vom Zürich Zwingli in die protestantische Welt hineinwirkten. Daß Zwingli Reformation nicht zusammenbrach, sondern ein maßgeblicher Faktor in der Bildung der Reformationskirchen wurde, ist allerdings ohne Heinrich Bullinger nicht denkbar.

Professor Dr. Rudolf Pfister

(Vorstehenden Artikel entnommen dem Ev. Nachrichtendienst in der DDR, Ausg. XXII/4 v. 22. 1. 1969.)

Nr. 8) Mitteilungen des Ökumenisch-miss. Amtes Nr. 74

Ökumenische Industrie- und Sozialarbeit

Im Bericht der Abteilung für Weltmission und Evangelisation bei der 18. Tagung des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Enugu (12. bis 21. 1. 1965) heißt es: „Am allerdringlichsten ist ein gemeinsames Handeln in den neuen Großstadtgebieten, die auf allen sechs Kontinenten um die neuentstandenen Industriegebiete herum wachsen... Eine neue Initiative auf dem Gebiet der Stadt- und Industriemission wird gebraucht.“

In Enugu wurde erklärt, daß die Industrie- und Sozialarbeit durch die Kirchen vorrangig unterstützt werden muß. Alle Versuchsprojekte brauchen Beratungsdienste und neue Ausbildungsprogramme. Die Zusammenarbeit mit allen, die in der Industrie und in den Städten tätig sind, soll gepflegt werden. Durch diese Arbeit werden die brennenden Probleme der heutigen Diskussion über die Theologie der Mission und über die Struktur einer missionierenden Gemeinde angeschnitten.

Seit der Tagung in Enugu 1965 haben sich dann nationale und regionale Arbeitsgemeinschaften für die Industrie- und Sozialarbeit (auch „Kirche und Gesellschaft“ genannt) gebildet. In einigen Gebieten sind Einzelpersonen und bereits vorhandene Institutionen besonders mit dieser neuen Missionsaufgabe beauftragt worden.

Es gibt *Arbeitsgemeinschaften und Kontaktpersonen* in Ostafrika, Westafrika, Südafrika und Nordafrika; bei der Ostasiatischen Christlichen Konferenz; in einzelnen asiatischen Ländern: Ceylon, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Korea, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand; in Australien und Neuseeland.

In Westeuropa hat sich eine besondere Arbeitsgemeinschaft gebildet. Größere Gruppen von sogenannten Kontaktpersonen arbeiten in Großbritannien und in der Bundesrepublik, einzelne in Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und der DDR.

Eine kleine Gruppe existiert in Kanada, eine größere in den USA. In Lateinamerika sind einzelne Personen tätig; in Argentinien, Brasilien, Mexiko und Puerto Rico.

Als Anhang sind im Ökumenischen Pressedienst seit Oktober 1968 vier Berichte aus dieser neuen Arbeit erschienen. Der erste Bericht kommt aus den USA. Er beschreibt den Dienst einer Gruppe in Boston „An der Bundesstraße 128“. In diesem Bericht wird gleich zu Anfang gesagt: „Heute leben 38% der Weltbevölkerung in Städten. Selbst die Agrarländer werden in einen Prozeß rascher Urbanisierung hineingezogen. In dieser Lage ist die Kirche – wie andere Institutionen – gezwungen, sich der neustädtischen Daseinsform anzupassen, wenn sie überleben will“. Es wird dann festgestellt, daß die Städte und die Industrie kein Interesse an einseitig konfessioneller Arbeit haben. Ein gemeinsames Vorgehen der Kirchen sei geboten.

Die Gruppe „An der Bundesstraße 128“ kommt in ihrem Bericht zu der Feststellung, daß die Kluft zwischen Reichen und Armen immer größer wird. Sie sieht ihre Hauptaufgabe darin, mitzuhelfen, daß die Gesellschaft human entwickelt wird. Diskussionsgruppen mit Arbeitern wurden während der Mittagszeit gebildet, Abendseminare durchgeführt. Seit Bestehen der Industrie- und Sozialarbeit in Boston (1964) – in ihr sind Baptisten, Vertreter der Bischöflichen Kirche, der Vereinigten Kirche Christi und der Vereinigten Presbyterianischen Kirche tätig – kam es zur Bildung einiger informeller Gruppen und zur Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Die Arbeitsgruppe verhandelt bei den Zusammenkünften Probleme, die am Ort zu lösen sind und gleichzeitig Fragen, die die Entwicklung der gesamten Welt betreffen (z. B. Friede und Gerechtigkeit heute).

Ein zweiter Bericht kam aus *Mombasa in Kenia, Afrika*. Hier versucht ein Team durch Mitarbeit im Hafen von Mombasa zu entdecken, für welche Probleme die Arbeiter oder die Gewerkschaften verantwortlich sind und in welchen Fällen ein außenstehender Fachmann als Ratgeber hinzugezogen werden sollte. Obwohl die Gruppe weiß, daß sich die Kirche für den einzelnen Menschen einzusetzen hat, versucht sie hier, in besonderer Weise dabei zu helfen, daß Christen ihren Glauben auch und gerade am Arbeitsplatz leben. Das Team von Mombasa möchte auch die Eintracht von verschiedenen religiösen Gruppen fördern. Kirchenführern werden Besuche in den Betrieben vermittelt, die Fürbitte für den arbeitenden Menschen ins Kirchengebet einbezogen, über sinnvolle Freizeitgestaltung gearbeitet.

Ein weiterer Bericht stammt aus dem Osten von *Paris*. In diesem Gebiet kommen 900 Einwohner auf einen Hektar, 46 000 Menschen auf einen halben Quadratkilometer! Die Überbevölkerung ist un-

menschlich. Eine Gruppe unter Leitung eines Pfarrers ist daran gegangen, in diesem Gebiet „Gemeinde für andere“ zu bilden. Sie führt Eheberatungen durch: Alphabeten-Kurse für nordafrikanische – meist mohammedanische – Arbeiter wurden ins Leben gerufen; die Gruppe leitet einen Kulturkreis und hat ein Friedenskomitee gebildet. Zusammen mit Katholiken wurde ein Haus der offenen Tür eingerichtet. Ein christliches Blatt wird herausgegeben, das alle 14 Tage in einer Auflagenhöhe von 15 000 Stück erscheint.

Das Zentrum, in dem diese Gruppe arbeitet, ist eine Stätte der Begegnung. In ihm trifft sich eine offene Gemeinschaft von Christen und Nichtchristen. Alle bemühen sich, die konkrete Situation vom Evangelium her zu deuten, „sie gemeinsam mit anderen zu bestehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen in der Freiheit und in dem Mut, die der Geist Christi verleiht“.

Die *Europäische Kontaktgruppe* hat seit ihrer Gründung mehrmals getagt, das letzte Mal vom 12.–16. 11. 1968 in Gwatt (Schweiz). Sie hat aus den Dienstgruppen der Industrie- und Sozialarbeit in Großbritannien, in Westdeutschland, in Finnland, den Niederlanden und Frankreich Berichte entgegengenommen.

Alle Berichte der Industrie- und Sozialarbeit machen deutlich, daß es nicht nur um die Betreuung christlicher Arbeiter geht und schon gar nicht um die bloße Gewinnung von einzelnen für das Gemeindeleben. Es geht in den Dienstgruppen vielmehr darum, daß die Gemeindeglieder und Kirchenleitungen die Industriegesellschaft als ein Ganzes sehen lernen und daß die Kirche ihren Auftrag im Blick auf die moderne Gesellschaft ganz neu verstehen lernt. Die Kirchengemeinden sollen dazu geführt werden, daß sie nicht nur neben der modernen Industriegesellschaft daherleben, sondern in ihren Gliedern bewußt gegenwärtig sind.

Ein wichtiges Thema ist die Sprache, die Sprache für das säkulare Leben. Die Sprache innerhalb des säkularen Lebens will mitten im Weltgeschehen geübt und gefunden werden. Die Europäische Kontaktgruppe will in Brüssel ein Ökumenisches Zentrum errichten, um in den Sachfragen der Wirtschaft, der Gesetzgebung und der internationalen Beziehungen mitzudenken und mitzusprechen. Die Gruppe erhofft eine ganz neue Beziehung zur sogenannten „dritten Welt“. Für bestimmte Arbeit in Asien und Afrika will sie Ausbildungsstätten schaffen helfen. In diesen Stätten sollen vor allen Dingen Gemeindepfarrer geschult und einzelne Laien und Pfarrer zu Spezialisten ausgebildet werden.

Ein besonderes Problem entsteht in Westeuropa durch die Anwesenheit der Gastarbeiter. Für die Gastarbeiter will sich die Gruppe im Sinne einer vernünftigen Integration verwenden. Sie organisiert bilaterale Zusammenarbeit nationaler Gruppen, allseitigen Austausch von Mitarbeitern und den gegenseitigen Besuch von solchen Gruppen, die in ihren Ländern innerhalb der Industrie und der Städte Träger von Entscheidungen sind.

In einer *Vorlage des Sekretärs der Abteilung Urban and Industrial Mission* beim Ökumenischen Rat der Kirchen „*Vorstoß in die Welt der Städte*“ werden die Akzente gesetzt, die im Rahmen dieser neuen Arbeit wichtig sind: Es wird festgestellt, daß Verstädterung und Industrialisierung die ganze Welt in ihren Bann ziehen. Sie formen die Gesellschaft und wirken sich auf das Leben und die Zukunft jedes Menschen aus. Es wird betont: Neue Formen missionarischer Präsenz haben sich herausgebildet. Während der letzten Jahrzehnte sind auf der ganzen Welt viele neue Dienste der Kirche in der Industrie und in den Großstädten entstanden. Die meisten befinden sich zwar noch in einem Versuchs- und Aufbaustadium. In allen ökumenischen Zentren wird nicht nur der Dienst an den Armen geübt und über den Dienst in der Gesellschaft nachgedacht und gesprochen, sondern es wird versucht, den Armen Gelegenheit zur Mitgestaltung zu geben. Damit Arme vernünftig mitgestalten können, müssen sie geschult werden. Viele Kirchen innerhalb der Ökumenischen Bewegung beginnen jetzt einzusehen, daß diese Ämter, die in der kirchlichen Arbeit bisher nur Randerscheinungen waren, nunmehr eine Schlüsselstellung in der gesamten Strategie der Mission in der modernen Gesellschaft einnehmen müssen. Strukturell gesehen haben die Kirchen immer noch hauptsächlich in der Dorfgemeinde ihre wesentlichste organisatorische Ausdrucksform. Als Aufgabe wird beschrieben: „Die christliche Gemeinde muß zu den Gruppen, zu den Arbeitern und zu den an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen, zu den neu Verarmten und zu denen, die Entscheidungen fällen, zu den Planern und Technokraten gehen, sich mit ihnen identifizieren und unter ihnen eine dienende Kirche werden.“

Für die ganze Arbeit wird als vordringlich herausgestellt: Auswertung der bereits bestehenden Pionierprojekte, Auswertung der Dienste, in denen sich einzelne in der Organisation der Gesellschaft beteiligt haben, Bildung regionaler Kontaktgruppen und schnelles Umorganisieren in den Kontaktgruppen. Und im *Arbeitsbuch* der Vollversammlung von *Uppsala* heißt es zur Sozial- und Industriearbeit: „Es ist der Zweck für die städtische und industrielle Mission, die gesamte Kirche auf allen Kontinenten in die ökumenische Aufgabe der städtischen und industriellen Mission hineinzuziehen und dadurch die Zusammenarbeit und ein gemeinsames Verständnis ihrer Ziele zu fördern.“

Der Mitarbeiterstab in Genf steht in Verbindung mit ca. 400 Personen innerhalb der Industrie- und Sozialarbeit auf der ganzen Welt. Mit 80 städtischen und industriellen Pfarrämtern werden Arbeitsbeziehungen gepflegt. In Afrika arbeitet aufgrund der Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen ein Urban-Afrika-Sekretär im Rahmen der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz und innerhalb der Ostasiatischen Christlichen Konferenz, ebenso ein Sekretär für die städtische und industrielle Mission. Der Ökumenische Rat der Kirchen arbeitet zusammen mit der Urban-Kommission in Lateinamerika, der Europäischen Kontaktgruppe und der Großstadtarbeit der USA-Mitgliedskirchen.

Im Arbeitsbuch von Uppsala wurde auf die Pionierprojekte als Teams in wichtigen Situationen verwiesen, die Prototypen für neue Formen des kirchlichen Dienstes entwickeln sollen. Der Beratungsdienst in der Gestalt des Erfahrungsaustausches zwischen allen Gruppen hat sich als sehr wertvoll erwiesen. Für die Ausbildung im Blick auf die städtische und industrielle Mission wird von drei Etappen gesprochen:

- a) Instruktionsperiode im Heimatgebiet,
- b) ausgedehnte Periode der „Ausbildung im Dienst“, ergänzt durch eine Studienperiode an einem Ort,
- c) eine kurze Periode für ökumenische Auswertung.

In der Bundesrepublik hat sich die Arbeit von Urban and Industrial Mission sehr schnell in Zusammenarbeit mit dem *Goßnerhaus in Mainz-Kastel* entwickelt. Im Goßnerhaus in Kastel wurden in den letzten Jahren über 120 Pfarrer für die Industrie- und Sozialarbeit ausgebildet. Die meisten sind Sozialpfarrer oder Pfarrer in Industriegebieten. Erstmals konnten in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft für Weltmission und mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen zwei „Kasteler Brüder“ für längere Zeiträume nach Afrika und Indien gesandt werden. *Pfarrer Rieß* arbeitet seit Herbst 1968 in *Nairobi/Kenia*. Er hat mit anderen zusammen die Aufgabe, junge Pastoren für die Arbeit in der modernen Gesellschaft zu schulen. Dabei ist wichtig, daß alle Pastoren Industriearbeit kennenlernen. Seinen Auftrag hat er von der Allafrikanischen Kirchenkonferenz. Er wird für fünf Jahre in Kenia bleiben und versuchen, in Nakuru im nördlichen Kenia ein Team zu bilden.

Pfarrer Rieß schreibt: „Das Leben in Nakuru bedeutet für sehr viele Afrikaner Trennung vom angestammten Boden, Verlust des Zusammenhaltes mit der Großfamilie und ihrer Hilfe durch Traditionenlenkung, Umstellung auf die Zwei-Generationen-Familie, und das alles unter materiell mangelhaften Bedingungen . . . Die Bevölkerung muß fähig werden, die spezifischen Möglichkeiten städtischen Lebens zu nützen, zu beschließen, zu konkretisieren. . . . Es wird nötig sein, als erstes eine Selbsthilfe-Aktion zur Errichtung oder Verbesserung von Unterkünften zu starten. . . . Eine Initiative, keine Operation mit den städtischen Instanzen muß angestrebt werden. . . .“

Rieß sieht weitere Aufgaben in der Zusammenarbeit mit den verschiedensten Gruppen in der betrieblichen Wirklichkeit und darüber hinaus mit den Ortsgemeinden. Denn sie müssen die Träger der neuen Industrie- und Sozialarbeit werden. In ihnen muß Interpretation der Wirklichkeitszusammenhänge erfolgen – international, interkonfessionell, interrassisch.

Pfarrer H. Donner arbeitete für längere Zeit in einem bereits bestehenden Zentrum in *Durgapur/Indien*. In diesem Zentrum werden Pfarrer und Laien für Industrie- und Arbeitswelt ausgebildet. Es werden Fragen der Gesellschaft diskutiert und Sozial-

arbeit – besonders in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – geleistet. Donner schreibt in seinem letzten Bericht: „In den letzten zehn Jahren haben sich die Verhältnisse in Indien gänzlich verändert. Damals war man noch bereit, viele Dinge als Schicksal hinzunehmen, während heute eine Haltung vorhanden ist, die eine Art revolutionären Potentials darstellt.“

In Durgapur arbeiten Methodisten, Baptisten, Anglikaner und Lutheraner im Rahmen der Stadt- und Industriearbeit eng zusammen. Zur Zeit ist ein neues Projekt in Kalkutta geplant. In dieser großen Elendsstadt soll ein nationales Trainings- und Studienzentrum der indischen Kirchen für die moderne Großstadt entstehen. Im Zusammenhang damit entstand ein Gruppendienstprogramm, mit dem versucht werden soll, möglichst viele Gruppen dieser Stadt in einer Arbeitsgemeinschaft für die Entwicklungsaufgaben der Stadt zusammenzufassen, um konkrete Sozialarbeit zu leisten. Das Ganze zielt darauf, ein Zentrum für Laienausbildung zu werden. Für dieses Projekt haben der anglikanische und der katholische Bischof von Kalkutta die Schirmherrschaft übernommen. Direktoren sollen zwei Methodisten, ein Anglikaner und ein Baptist werden.

In der DDR sind verschiedene Gruppendienste an der Arbeit. Einige von ihnen arbeiten in Verbindung mit der Gößner-Mission in der DDR. Andere

haben Verbindung zur Arbeitsgemeinschaft für Soziologie und Theologie. Meistens sind es jüngere Theologen und Laien, die den Alleingang in der Kirche heute für unmöglich halten. Sie haben sich in den neuen Wohnstätten niedergelassen, in Großstädten und auch auf dem Lande. Ihr Anliegen ist es, Anteil zu nehmen an dem Geschehen der Gesellschaft am Ort und auch darüber hinaus. Sie arbeiten in verschiedenen Institutionen mit und sind bemüht, der Ortsgemeinde zu helfen, rechte Interpreten der Entwicklung zu sein. Interpreten der Taten Gottes in unserer Zeit! Diese Gruppen leben so gut es geht ein Stück gemeinsames Leben, führen verbindliche Arbeitsgespräche und treiben gemeinsam Studienarbeit.

Ein Ausschuß „Kirche und Gesellschaft“ im Ökumenisch-missionarischen Amt in Berlin versteht sich als ein Arbeitsorgan im Gespräch mit ökumenischen Zentren in der Welt und mit den Kirchengemeinden in der DDR. Es möchte mit seinen Studienbeiträgen und seinen Verbindungen dazu helfen, daß die Fragen der Stadt und der modernen Industrie in der sozialistischen Gesellschaft tiefer als bisher vom christlichen Glauben her bedacht werden. Es möchte die Arbeit der Experimentiergruppen unterstützen und mit Vertretern dieser Gruppen gemeinsam einen Beitrag für das ökumenische Gespräch leisten.

Bruno Schottstädt